

BESCHLUSS

Für die Freiheit auf ein selbstbestimmtes Leben – gegen Pflichtdienste jeglicher Art!

Pflichtdienste greifen zutiefst in die Möglichkeit (junger) Menschen ein, ihr Leben selbstbestimmt zu leben und schränken somit Grund- und Freiheitsrechte ein. Daher stellt sich der Landesjugendring Berlin entschieden gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie gegen jegliche andere Formen von Pflichtdiensten. Sowohl bei der Wehrpflicht als auch beim Zivildienst besteht berechtigte Sorge, dass gesellschaftliche Probleme, Versorgungslücken und Fachkräftemangel kaschiert werden sollen: Anstatt einer vernünftigen Finanzierung der Berufe und Ausbildungen sowie der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Personalschlüssel sollen junge Menschen verpflichtet werden, zu schlechten Bedingungen Lücken zu füllen.

In der Debatte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht kritisieren wir insbesondere adultistische Narrative, nach denen junge Menschen teilweise als faul und planlos dargestellt werden und der Gesellschaft diese Pflichtdienste schulden. Die gesellschaftlichen Missstände, die durch Pflichtdienste gelöst werden sollen, kommen jedoch nicht überraschend und eine verschlafene weiter-so-Politik darf nicht einfach ihre Probleme auf die Jugend abwälzen. Dies wird zu einer Frage der Generationengerechtigkeit, vor allem, wenn zeitgleich Anliegen der Jugend, wie etwa ein entschiedenes Handeln zur Bekämpfung der Klimakatastrophe, bewusst verschleppt werden.

Dabei läuft die Debatte generell stark über die Köpfe junger Menschen hinweg, anstatt junge Menschen adäquat einzubeziehen. Pflichtdienste stellen drastische Eingriffe in die Lebensplanung der Betroffenen dar und die Drohung von Fremdbestimmung sichert nicht mehr Engagement, sondern droht zu mehr Politikverdrossenheit und gesellschaftlichem Rückzug zu führen.

Dabei sind junge Menschen auf vielfältige Art und Weise bereits engagiert, ein weiteren Punkt, den die Debatte unzureichend beleuchtet. Denn die aktuelle Debatte betrachtet die etablierten freiwilligen Formate, wie etwa FSJ, FÖJ und BFD, zu wenig. Wir fordern: Engagement soll nicht erzwungen werden, sondern die Formate und Strukturen müssen so ausgestaltet werden, dass sie allen offen stehen. Daher fordern wir eine vernünftige Finanzierung der Freiwilligendienste sowie das Recht junger Menschen auf einen Freiwilligendienst.

Darüber hinaus kritisieren wir die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von Jugendoffizier*innen sowie Werbeversuche für die Bundeswehr an Schulen strikt ab. Denn zum einen muss sich Deutschland an die Kinderrechtskonvention halten und darf keine Minderjährigen anwerben, zum anderen stellt sich hier auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Solange Deutschland den sozialen Aufstieg sozioökonomisch benachteiligter junger Menschen ausbremst, sind Anwerbeangebote, die den Dienst an der Waffe durch soziale Absicherung schmackhaft machen, klassistisch.

Daher beschließt die Vollversammlung:

- Die klare, öffentliche Positionierung des Landesjugendring Berlin gegen jede Art von Dienstpflicht. Die Ablehnung von Dienstpflichten gilt sowohl für militärische wie auch zivile Dienstpflichten.
- Der Landesjugendring Berlin soll mit dem Deutschen Bundesjugendring, den weiteren Landesjugendringen sowie den Mitgliedsverbänden des LJR Berlin eine öffentliche Kampagne gegen die Dienstpflicht umsetzen. Diese Kampagne soll zugleich die Wichtigkeit von Freiwilligendiensten und Ehrenämtern herausstellen sowie die Notwendigkeit der besseren Finanzierung und Verfügbarkeit von FSJ, FÖJs, etc.
- Der Landesjugendring Berlin setzt sich dafür ein, dass junge Menschen in der Debatte um ihre Zukunft Teilhabe haben.
- Der Landesjugendring Berlin setzt sich für eine Stärkung von Freiwilligendiensten und Ehrenämtern ein. Diese sollen auf echter Freiwilligkeit beruhen und, wo angemessen, mit guter Bezahlung entlohnt bzw. angemessener Aufwandspauschale entschädigt werden. Freiwilligendienste sollen Orten des Lernens, Ausprobierens und gesellschaftlichen Engagement seien. Sie sollen weder dazu genutzt werden Lücken im Arbeitsmarkt zu schließen noch einen Ersatz für qualitativ hochwertige Ausbildungen darstellen.
- Daraus ergibt sich, dass der Landesjugendring Berlin sich solidarisch mit Menschen (vor allem in sozialen und pflegerischen Berufen) zeigt, die sich für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in ihren Berufen zeigen. Es braucht gute und faire Arbeits- und Ausbildungsbedingungen anstatt Pflichtdienste für junge Menschen.
- Der Landesjugendring Berlin lehnt die Präsenz der Bundeswehr, insbesondere zur Anwerbung von Rekrut*innen, an Bildungseinrichtungen, insbesondere an Schulen, ab.
- Der Landesjugendring Berlin setzt sich weiterhin für die Stärkung von jungen Menschen ein, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Beschlossen von der 37. Mitgliederversammlung des Landesjugendring Berlin am 21.3.2026.